

Protokollauszug

aus der
34. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit,
Soziales und Inklusion
vom 21.11.2017

öffentlich

**Top 6.2 Ambulant betreute(s) Wohnen/Wohnstätten koordinieren
17/SVV/0606
geändert beschlossen**

Frau Hinze (Elterninitiative für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen Potsdam e.V.) betont, dass der Verein eine oder auch mehrere Wohngemeinschaften für junge Menschen mit Behinderung aufbauen. Das Hauptproblem dabei ist die Frage der Finanzierung und der Unterstützungsmöglichkeiten, aber auch eine Anlaufstelle wird benötigt, wenn die Pflegenden aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, die Jugendlichen zu pflegen.

Der Verein wünscht sich Unterstützung durch die Stadt für eine rund um die Uhr Betreuung, um nicht die zu pflegenden Jugendlichen in Pflegeeinrichtungen geben zu müssen. Sie verweist dabei auf das Recht des selbstbestimmten Lebens.

Frau Eifler bringt die neue Fassung des Antrages ein, die als Tischvorlage ausgereicht wurde.

Herr Jekel (FB Soziales und Gesundheit) erklärt, dass dazu Gespräche mit der Pro Potsdam GmbH geführt werden können.

Herr Schubert bittet um Zurückstellung des Antrages, um sich nochmal mit dem Verein zur Findung einer gemeinsamen Lösung verständigen zu können.

Frau Schulze weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt. Sie kann sich durchaus vorstellen, darüber heute abzustimmen. Es sollte auch ein Termin für die Vorstellung des Prüfergebnisses festgelegt werden.

Frau Schweers verweist auf das Bundesteilhabegesetz und das Pflegestärkungsgesetz. Es sollte genau der Erstantrag geprüft werden. Sie empfiehlt, einen Monat länger mit der Empfehlung zu warten.

Frau Eifler hält es für wichtig, dass die Gespräche beginnen.

Herr Schubert spricht sich auch für die Festlegung eines Termins aus.

Frau Eifler ergänzt den Antrag wie folgt: **Im April 2018 soll im GSI-Ausschuss die erste Berichterstattung erfolgen.**

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass es statt GEWOBA richtigerweise Pro Potsdam GmbH heißen muss.

Dies wird von Frau Eifler so übernommen.

Frau Eisenblätter stellt die so geänderte neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, wie jungen Menschen mit Behinderung ein gelungener Übergang in die Selbständigkeit - der Wechsel aus dem elterlichen Haushalt in Wohnstätten oder in ambulant betreutes Wohnen - ermöglicht werden kann und wie sie und ihre Eltern dabei durch die LHP unterstützt werden können.

Insbesondere sollen Beratungs- und Informationsangebote geschaffen werden, sowie explizit Unterstützungsmöglichkeiten für in Eigeninitiative zu gründende WGs.

Diese Möglichkeiten sollen aktiv von der LHP beworben und bekannt gemacht werden.

Die Einrichtung von WGs und Wohnstätten soll durch die Geweba **Pro Potsdam GmbH** explizit unterstützt werden und insbesondere bei Neubauten Berücksichtigung finden.

Im April 2018 soll im GSI-Ausschuss die erste Berichterstattung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0